

Kaum alternative Wohnformen für Menschen im Alter

In Wilhelmshaven gibt es kaum alternative Wohnformen für Menschen im Alter. Der Seniorenbeirat kritisiert den Zustand und sieht das Thema derzeit nicht ausreichend präsentiert.



Kea Ulfers 10.02.2026, 14:28 Uhr



In Wilhelmshaven gibt es kaum alternative Wohnformen für Menschen im Alter. Das kritisiert der Seniorenbeirat.

dpa

Zusammengefasst

Der Seniorenbeirat Wilhelmshaven kritisiert das begrenzte Angebot an selbstbestimmten und barrierefreien Wohnformen für ältere Menschen.

Die Initiative ‚WiWo – Wie wollen wir wohnen?‘ setzt sich seit 2023 für neue Wohnformen ein, konnte bisher jedoch keine Projekte umsetzen.

Laut Evelyn Klibert führt der Mangel an altersgerechtem Wohnraum dazu, dass Senioren oft vorzeitig in Pflegeeinrichtungen umziehen müssen, häufig mit hohen finanziellen Belastungen.

✦ Unser Artikel wurde mit KI für Sie zusammengefasst. → [Mehr Infos](#)

WENIGER ANZEIGEN

Wilhelmshaven - Der Wunsch vieler Menschen in Wilhelmshaven, auch im Alter selbstbestimmt und barrierefrei zu wohnen, stößt derzeit auf ein begrenztes Angebot. In seiner jüngsten Sitzung kritisierte der Seniorenbeirat diese Situation noch einmal deutlich. In diesem Kontext wurde die Zwangsversteigerung des Grundstücks des ehemaligen Botanischen Gartens thematisiert, da man hierin eine verpasste Gelegenheit für die Entwicklung barrierefreier Angebote sieht.

Beiratsmitglied Evelyn Klibert bezeichnete das Gelände als idealen Standort und bedauerte, dass die Stadt Wilhelmshaven bei der Zwangsversteigerung nicht aktiv werde. Zudem mahnte sie an, dass das Thema „Wohnen im Alter“ auf der politischen Tagesordnung derzeit nicht ausreichend präsent sei – eine Entwicklung, die sie mit großer Sorge betrachte.

Investoren-Suche ist schwierig

Seit 2023 setzt sich die Wilhelmshavener Interessengemeinschaft ‚WiWo – Wie wollen wir wohnen?‘ für neue Wohnformen ein. Das Ziel: Ein Gebäude zu finden, in dem Senioren oder verschiedene Generationen dauerhaft in abgeschlossenen Haushalten zusammenleben können. Trotz der Unterstützung durch den Seniorenbeirat und intensiver Gespräche mit diversen Akteuren konnte bislang kein Projekt realisiert werden. Die

Suche nach passenden Immobilien oder Investoren gestaltete sich schwierig. Weder das Gelände des Alten Botanischen Gartens noch Standorte wie die ehemalige Gärtnerei Thomßen, ehemalige Bima-Liegenschaften, die BBS Heppens oder die alte Stadthalle fanden bisher die nötige Unterstützung für eine Umsetzung.

Neben der passenden Immobilie sei es eine besondere Herausforderung, Investoren für solche Projekte zu gewinnen, erläuterte Beiratsmitglied Isabell Eickhoff. Zudem sei eine Realisierung alternativer Wohnprojekte ohne Unterstützung der Kommune in Wilhelmshaven kaum denkbar. Zwar seien die lokalen Wohnungsbaugesellschaften mit ihrer Quartiersarbeit genau auf diese Bedürfnisse eingestellt. Doch verfügen diese über lange Wartelisten.

Wilhelmshaven kompakt - Ein schneller News-Überblick für Wilhelmshaven

Von Montag bis Freitag senden wir Ihnen die wichtigsten Nachrichten aus Wilhelmshaven, damit Ihnen nichts entgeht!

Mit meiner Anmeldung zum Newsletter stimme ich dem **Datenschutzhinweis** zu.

JETZT ANMELDEN

Demografischer Druck

Innerhalb des Gremiums herrschte großes Unverständnis über die mangelnde Priorisierung des Themas. „Es geht einfach nicht voran“, resümierte Beiratsvorsitzender Uwe Heinemann. Dabei sprechen die demografischen Daten für sich. 27,5 Prozent der Bevölkerung in der Stadt sind über 65 Jahre alt, 8,6 Prozent sogar 80 Jahre oder älter. Das Durchschnittsalter in der Stadt liegt bei 46,3 Jahren. Schon jetzt gebe es einen Mangel an bezahlbarem, altersgerechten Wohnraum.

Dieser Mangel führe dazu, dass Senioren oft vorzeitig in Pflegeeinrichtungen umziehen müssen – mit drastischen finanziellen Folgen, wie Klibert erläuterte. Bei Eigenanteilen von über 3.000 Euro springe immer häufiger das Sozialamt ein. „Die Angehörigen können es sich schlicht nicht mehr leisten.“ Frühzeitige Investitionen in alternative Wohnformen könnten diese Kosten für die öffentliche Hand deutlich verzögern oder sogar ganz vermeiden, ist sich Klibert sicher.

